

Diese Regeln gelten jetzt beim Kiffen

Mit der Legalisierung von Cannabis in Deutschland gehen neue, bislang ungeklärte Fälle einher

Gut zwei Wochen ist die Cannabis-Legalisierung erst alt. Aber schon jetzt ist klar, dass mehr Fragen offen sind, als geklärt. Die neuen Regeln könnten in Deutschland noch viel Ärger bereiten. Derzeit wird etwa darüber gestritten, wie hoch die THC-Konzentration im Blut – das ist der Cannabis-Bestandteil, der für den Rausch sorgt – am Steuer sein darf. Und in der Wohnungsbranche wird gerätselt, wie der Umgang mit dem plötzlich legalen Stoff im Verhältnis zwischen Nachbarn oder Mietern und Vermietern aussehen könnte.

VON STEPHAN MAASS

So schreibt das Cannabisgesetz (CanG) eine Schutzzone von 100 Metern um Schulen, Kinder- und Jugendeinrichtungen, Kinderspielplätze und öffentlich zugängliche Sportstätten vor. Die 100-Meter-Regel ist aber etwas komplizierter, denn Paragraf 5 des CanG sagt eigentlich, dass der Konsum in Sichtweite dieser Einrichtungen nicht erlaubt ist – und unabhängig von der tatsächlichen Sichtweite ist das Verbot ab 100 Meter vom Eingangsbereich nicht mehr gegeben. Auch in Fußgängerzonen ist zwischen sieben und 20 Uhr und in militärischen Bereichen der Bundeswehr der Konsum von Cannabis verboten. In einer früheren Version des Gesetzes war noch von 200 Metern Abstand die Rede. Diese Entfernung gilt gemäß Paragraf 12 CanG aber noch für den Abstand zu einer Anbauvereinigung, also einer Einrichtung, in der Cannabis-Pflanzen gezogen werden. Die Regeln können dazu führen, dass in einer ganzen Kommune quasi ein Cannabis-Verbot gilt. „Es gibt zum Beispiel

davor, sich allein auf diese Informationen zu verlassen. „Die Karte berücksichtigt unter anderem nicht alle Spielplätze in Privatbesitz und bestimmte Jugendeinrichtungen. Außerdem sind die Daten nicht tagesaktuell.“

Auf jeden Fall ist der bewohnte Teil Deutschlands mit Schutzzonen überzogen. Für die meisten Wohnungen in Ballungsgebieten bedeute dies, dass der Konsum von Cannabisprodukten auf dem Grundstück, etwa auf dem Balkon, in der Grünanlage, auf dem Spielplatz, und im Gebäude im Treppenhaus, Keller oder der Dachterrasse vom Gesetzgeber untersagt sei, so Budde-Siegel. Der öffentlich einsehbarer Balkon gehört auch nicht zum besonders geschützten Bereich der Wohnung. „Ausnahmen bestätigen die Regel, aber im Großen und Ganzen kann man in Städten von dieser Annahme ausgehen“, sagt Budde-Siegel. Es liege in der Verantwortung des Eigentümers, im Vorfeld zu prüfen, ob sein Grundstück in eine solche Schutzzone fällt und seine Mieter zu informieren. Und auch in Bereichen, in denen der Gesetzgeber keine grundsätzlichen Verbote ausspreche, gelte ein Konsumverbot, sobald sich ein Kind oder Jugendlicher in der Nähe aufhalte, so der Sachverständige. „In Wohngebäuden und in deren Umgebung ist ständig mit dem Aufenthalt von Kindern und Jugendlichen zu rechnen.“

Abgesehen davon gilt in der Wohnung das Cannabis-Verbot aber nicht – weder in einer Schutz- noch einer Fußgängerzone. „Für den Konsum von Marihuana gelten nach der Legalisierung dieselben Regeln wie für das Rauchen in der eigenen Wohnung“, heißt es bei Immowelt, das wie WELT zu Axel Springer gehört. Und das sei Mietern überall erlaubt, weil es laut Bundesgerichtshof (BGH) grundsätzlich dem vertragsgemäßen Gebrauch entspreche. Das gelte, sofern nichts Gegenläufiges vereinbart sei, der Zustand der Wohnung dadurch nicht erheblich verschlechtere werde und der Mieter seine Mitmieter mit dem Rauchen nicht wesentlich beeinträchtige. Aber es gelte laut Immowelt ebenso das Gebot der gegenseitigen Rücksichtnahme: Die persönliche Freiheit des Mieters, zu rauchen versus das Recht der Nichtraucher und Mitmieter auf körperliche Unversehrtheit.

Weder der Eigentümerverband Haus und Grund noch der Verband der Immobilienverwalter Deutschland sehen Handlungsbedarf durch das neue Gesetz, erfuhr WELT auf Nachfrage. Der Deutsche Mieterbund (DMB) hält aber Konflikte im Miet- und Nachbarschaftsverhältnis für möglich. Es müsse durch geeignete Maßnahmen sichergestellt werden, dass andere Personen, insbesondere Kinder und Jugendliche, nicht auf das Cannabis zugreifen können, sagt Jutta Hartmann vom Mieterbund. Schon deswegen bleibe für einen freien Anbau der Pflanzen an gemeinschaftlich genutzten Orten, etwa in Gemeinschaftsgärten, kein Raum.

Budde-Siegel empfiehlt, durch Änderung in der Hausordnung den Konsum von Cannabisprodukten generell zu verbieten. Vermieter würden damit auch mögliche Haftungsfolgen ausschließen. Er rät auch, mehr Rauchwarnmelder zu installieren. „Künftig ist mit vermehrten Wohnungsbränden unter Drogeneinfluss zu rechnen.“



Die Slowakei verfällt der Methode Orbán

Das Land hat einen beispiellosen Aufschwung geschafft. Doch mit dem neuen Präsidenten Pellegrini droht dessen Ende

Peter Pellegrini dürfte Regierungschef Robert Fico dabei helfen, das Land wie Ungarn auszurichten

Die Proteste gehören beinahe bereits zum Straßenbild. In Bratislava und Košice, den beiden größten Städten der Slowakei, gehen seit Monaten regelmäßig Menschen auf die Straße, um gegen die Politik der Regierung zu demonstrieren. Sie protestieren gegen die Justizreform, gegen die Abschaffung eines Korruptionsanwalts, gegen den Umbau des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und gegen die Neuorientierung in Richtung Russland und weg vom Westen. Regierungschef Robert Fico macht keinen Hehl daraus, dass er Staat und Gesellschaft so umbauen will, wie es Viktor Orbán nebenan in Ungarn vormacht.

VON TOBIAS KAISER

In den letzten Tagen ist er diesem Ziel ein gutes Stück nähergekommen: Anfang April haben die slowakischen Wähler Peter Pellegrini, einen ehemaligen Parteifreund und engen Vertrauten von Fico, ins höchste Amt des Landes gewählt. Fico kann bei der Umsetzung seiner Pläne auf Pellegrinis Unterstützung zählen. Beide Politiker nennen Orbán einen „Freund“ und ihre Rhetorik ist prorrussisch. In seiner Antrittsrede erwähnte Pellegrini die EU kein einziges Mal.

Das ist auch wirtschaftlich riskant: Die Slowakei gilt als Wachstumsstar: Die Volkswirtschaft ist seit der Jahrtausendwende so schnell gewachsen wie keine andere in Mitteleuropa. Steuervorteile und gut ausgebildete günstige Fachkräfte haben ausländische Investoren angezogen, die praktisch aus dem Nichts eine brummende Autoindustrie aufgebaut haben.

Rund eine Million Autos fahren hier jedes Jahr aus den Fabriken von Volkswagen, Stellantis, Kia und Jaguar-Land Rover. Das ist Weltrekord: so viele Autos pro Einwohner stellt kein anderes Land der Welt her. Entscheidend für den Erfolg bei Investoren waren die politische

Stabilität und eine proeuropäische liberale Politik. Mit dem stärker an Russland orientierten Kurs setzt Fico diese Erfolgsstory allerdings aufs Spiel.

Denn Beobachter erwarten, dass Fico und Pellegrini auch wirtschaftspolitisch Orbán nacheifern werden. „Präsident Pellegrini wird vermutlich die Wirtschaftspolitik der Fico-Regierung stützen und das könnte für ausländische Investoren ein Warnsignal sein“, sagt Gerit Schulze, Direktor Tschechien und Slowakei der deutschen Außenhandelsförderung Germany Trade and Invest (GTAI). „Sie müssen davon ausgehen, dass der Staat künftig stärker in die Wirtschaft eingreift und es weniger Gewicht im Präsidentenpalast gibt.“

Fico verpackt die eigene Wirtschaftspolitik zwar gerne als fortschrittlich und liberal. Im Regierungsprogramm ist etwa davon die Rede, die Wettbewerbsfähigkeit zu fördern, die Slowakei zu einer ökologischen Marktwirtschaft umzubauen und Steuergelder transparenter und effizienter auszugeben.

Die tatsächliche Politik sieht aber anders aus. Die Europäische Kommission etwa glaubt, dass Gesetzesänderungen der Regierung Korruption fördern werden und Kritiker warnen, dass damit Vertraute von Fico vor Haftstrafen geschützt werden sollen. Wegen des hohen Haushaltsdefizits und der Gefahr, dass Brüssel wegen der Justizreformen Gelder einfriert, hat die Ratingagentur Fitch bereits die Bonitätsnote der Slowakei gesenkt; Anleger verlangen für die Staatsanleihen inzwischen mit die höchsten Risikoaufschläge in der EU.

Das Regierungsprogramm sieht zudem ganz konkret vor, dass der Staat stärker in Märkte eingreifen soll als bisher. Vor allem im Energiebereich will Fico die Preise stärker kontrollieren und hat angekündigt, Spekulation eindämmen zu wollen. Besonders für ausländische Unternehmen könnte das unangenehm werden. „Fico und Pellegrini orientieren sich sehr stark an Ungarns Pre-

mier Viktor Orbán. Sie denken national und fordern die Rückbesinnung auf das Slowakische. Es ist gut vorstellbar, dass sie versuchen werden, ausländische Investoren in manchen Bereichen zu schikanieren“, sagt Schulze.

Die Autoindustrie, die vor allem für den Export produziert, dürfte das kaum treffen. Die deutsche Autoindustrie ist laut der AHK der größte Investor, der größte Steuerzahler und einer der wichtigsten Arbeitgeber des Landes und sichert über 100.000 Arbeitsplätze in der Slowakei, auch wenn die Industrie mit der Umstellung vom Verbrennungsmotor zum elektrischen Antrieb kämpft. Weil die slowakische Wirtschaft mit ihren fünf Millionen Einwohnern vom Export abhängig ist, kann Fico gegenüber den Investoren nicht so weit gehen wie sein Mentor Orbán.

Anders sieht es aber bei Unternehmen aus, die an Slowaken verkaufen. Zuletzt hat sich die Rhetorik gegenüber ausländischen Unternehmen bereits verschärft. Fico will etwa eine Bankensteuer einführen, um Übergewinne abzuschöpfen, eine Maßnahme, die vor allem ausländische Institute treffen würde. Auch gegenüber ausländischen Einzelhändlern wie Lidl, Kaufland und Billa (Rewe) kündigt sich eine härtere Gangart an. Politiker der Regierungsparteien kritisieren, dass viele Produkte in der Slowakei teurer sind als in den Nachbarländern Polen oder Österreich. Sie fordern, die Marktmacht ausländischer Ketten einzuschränken. Ähnliche Maßnahmen hat Orbán in Ungarn für eine ganze Reihe von Sektoren eingeführt. Damit riskiert das Gespann Fico-Pellegrini auch Investoren abzuschrecken. „Für ausländische Investoren und die Attraktivität des Standorts Slowakei wäre es sehr schädlich, wenn die Fico-Regierung eine ähnliche Politik verfolgt wie die Regierung in Ungarn“, sagt Doris Hanzl-Weiß vom Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (WI-IW). „Dort sehen wir, dass einheimische

Unternehmen regelmäßig gegenüber ausländischen bevorzugt werden und dass Unternehmen, die dem Regierungslager nahestehen, bei Aufträgen und Investitionsentscheidungen zum Zug kommen.“

Langfristig kritischer ist allerdings der Umbau von Politik und Gesellschaft nach Orbáns Blaupause. Schon jetzt seien Verwerfungen sichtbar, warnt Hanzl-Weiß. „In den vergangenen Jahrzehnten war die Slowakei für ausländische Investoren auch attraktiv, weil das Land politisch stabil war. Die Gesellschaft ist aber inzwischen stark polarisiert. Es gibt große zivilgesellschaftliche Proteste gegen die Agenda der Regierung und wenn die politische Situation in der Slowakei instabiler wird, könnte das künftig Investoren abhalten.“

Vor allem aber droht die Fico-Politik, die Besten aus dem Land zu treiben. „Viele junge Menschen fürchten eine bleierne konservative Zeit“, sagt GTAI-Experte Schulze. „Der Brain-Drain könnte zunehmen, wenn mehr junge Menschen das Gefühl haben, dass sie mit neuen Ideen und ihren Vorstellungen in der Heimat nicht mehr vorankommen.“

An den großen tschechischen Universitäten in Prag und Brno sind bereits mehr slowakische Studenten eingeschrieben als früher. Viele gingen dorthin, weil sie sich zu Hause zunehmend eingekengt und von der nationalkonservativen Politik nicht mitgenommen fühlen, sagt Schulze. „Ein erneuter Exodus der Jungen wäre langfristig fatal. Wenn die jungen Gebildeten gehen, bleibt die ältere ländliche Bevölkerung und dann fehlen ausgerechnet diejenigen, die nötig sind, um ein modernes zukunftssicheres Land aufzubauen.“

Schon heute klagen Unternehmen über Fachkräftemangel. Auch diese Entwicklung würde Orbáns Dreieck für Ungarn folgen, wo Hunderttausende im vergangenen Jahrzehnt das Land verlassen haben.

Großbritannien kämpft um seine Topmanager

Viele britische Konzerne können Vorstände kaum halten, weil die häufig von US-Konzernen für viel Geld abgeworben werden. Sie reagieren mit satten Lohnaufschlägen

Für Laxman Narasimhan hat sich der Wechsel mehr als gelohnt. Umgerechnet 6,5 Millionen US-Dollar bezog der Vorstandschef des britischen Konsumgüterhersteller Reckitt Benckiser im vergangenen Jahr. 2022 heuerte er bei der US-Kaffee-Kette Starbucks an – und handelte eine Entlohnung von 28 Millionen US-Dollar aus. Selbst nach Abzug einmaliger Sonderzahlungen hat Narasimhan mit dem Umzug auf die andere Seite des Atlantik seine Entlohnung um knapp 150 Prozent gesteigert.

VON CLAUDIA WANNER
AUS LONDON

Drei Jahre zuvor hatte Namal Nawana beim britischen Medizingerätehersteller Smith & Nephew nach gerade einmal 18 Monaten hingeschmissen. Der Konzern konnte seine Gehaltsforderun-

gen nicht erfüllen, Nawana hatte dabei ausdrücklich auf die Vergütungen verwiesen, die bei vergleichbaren US-Konzernen gezahlt werden. Nawana und Narasimhan stehen sinnbildlich für eine Debatte, die in Großbritannien in den vergangenen Monaten zunehmend an Schärfe gewonnen hat. Manager und Aufsichtsräte sorgen sich, dass einheimische Konzerne im Wettbewerb mit großen US-Unternehmen beim Wettbewerb um die besten Bewerber das Nachsehen haben, weil sie mit den Gehaltspaketen in Nordamerika nicht mithalten können. Investoren sollten diese Spannung im Kopf behalten, wenn sie über Entlohnungspakete abstimmen, warnen eine Reihe von Beobachtern.

Für eine „konstruktive Diskussion“ über die Entlohnung von Vorständen hatte Julia Hoggett, Chefin der London Stock Exchange, schon im vergangenen Frühjahr geworben. Auch mit Blick auf

die Firmen, die sich für eine Erstnotierung an einer US-Börse entschieden oder ihr Listing aus Großbritannien in die USA verlegt hatten. „Wir sollten britische Unternehmen ermutigen und unterstützen, global um Talente zu werben, um ein attraktiver Standort für Wachstum zu bleiben.“

In die Debatte kommt Bewegung. Vergangene Woche haben die Investoren des Pharmakonzerns AstraZeneca dem Vorstandschef Pascal Soriot einen deutlichen Sprung der Entlohnung um bis zu 1,8 Millionen Pfund (2,1 Million Euro) genehmigt. Mit 16,9 Millionen Pfund gehörte Soriot im vergangenen Jahr zu den Spitzenverdienern unter den Unternehmen des britischen Index FTSE100. Zum Vergleich: Das höchste Salär im Dax strich 2023 Mercedes-Benz-Chef Ola Källenius mit 12,7 Millionen Euro ein. Auf mehr als zehn Millionen Euro kamen auch Deutsche-Börse-

Chef Theodor Weimer und Belen Garijo von Merck. Doch das Paket für Soriot stieß auf erheblichen Widerstand. Mehr als ein Drittel der Anleger sprachen sich dagegen aus, die Aktionärsberatung Glass Lewis hatte die Erhöhung als „exzessiv“ bezeichnet.

In dem neuen Programm stehen dem Vorstandschef im besten Fall, bei Erfüllung aller Ziele, 18,7 Millionen Pfund zu. Auf das Basisgehalt von 1,5 Millionen Pfund können bis zu 850 Prozent aufgeschlagen werden. Im alten Plan hatte der Wert bei 650 Prozent gelegen. Hinzu kommt ein Bonus von bis zu 300 Prozent des Basisgehalts, zuvor 250 Prozent. Abhängig sind diese Werte von langfristigen Zielvereinbarungen.

AstraZeneca ist kein Einzelfall. Smith & Nephew und die London Stock Exchange Group (LSEG), der Mutterkonzern der Londoner Börse, sind zwei weitere Unternehmen, die ihre Anleger

über angepasste Lohnpakete abstimmen lassen. Sie passen ins Bild, zeigt eine aktuelle Übersicht der Unternehmensberater von Deloitte. Für die aktuelle Hauptversammlungssaison haben 16 Unternehmen eine Überarbeitung der Struktur der Vorstandsentslohnung angekündigt, davon zielen neun auf eine Erhöhung der Bezüge oder Neuausrichtung der Berechnungsgrundlage ab. Vor einem Jahr hatten nur vier Unternehmen Ansätze mit vergleichbarem Ziel vorgelegt. Grundlage sind die 55 Konzerne, die bereits einen Jahresbericht für das abgelaufene Geschäftsjahr vorgelegt haben.

Sowohl bei den Leistungsanreizen als auch bei der Gehaltsstruktur würden die großen, global agierenden FTSE100-Unternehmen radikalere Vorschläge vorlegen, sagte Mitul Shah, Partner bei Deloitte, der „Financial Times“. Viele dieser Unternehmen hätten erhebliches

Geschäft in den USA und würden auf die Ungleichheit des Gehaltsniveaus zwischen den USA und Großbritannien verweisen, die es ihnen schwer mache, die besten Leute für sich zu gewinnen und im Unternehmen zu halten.

Die Erhöhung soll ausdrücklich dazu dienen, Wechsel an der Spitze zu reduzieren. In den vergangenen fünf Jahren hatte der Konzern vier Vorstandschefs. Die Aktionärsberater von Institutional Shareholder Services empfehlen allerdings eine Ablehnung der „überzogenen“ Forderungen.

Auch die unterschiedliche Unternehmensgröße und -ausrichtung macht Vergleiche komplex. Doch laut Daten von Refinitiv lag das mittlere Paket, einschließlich Bonus, Aktienoptionen und weiterer Nebenleistungen im S&P500 2021 bei 33 Millionen US-Dollar. Das war mehr als doppelt so viel wie der mittlere Wert im FTSE100.